

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

23.6.1927 (No. 143)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur:
E. K. e. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.
Beleg- und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatte, der als Kassenzahlung gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

* Zentrum u. Deutschnationale

Nach seiner Königsberger Rede, die so großes Aufsehen erregte, hat Dr. Wirth erklärt, was ihn zu seiner Aktion bewegen habe, nämlich die Sorge, das Zentrum könne sich mit Haut und Haaren den Deutschnationalen verschreiben und mit ihnen gemeinsam in den kommenden Reichstagswahlkampf ziehen.

Diese Auffassung geht dahin, daß das Zentrum unter allen Umständen eine Partei der Mitte bleiben und sich seine Unabhängigkeit nach links und nach rechts wahren müsse. Ein solche Einstellung ergibt sich nicht nur aus prinzipiellen Erwägungen, sondern auch aus der Tatsache, daß eine Anlehnung an die Deutschnationalen, ein einseitiges Sichfestlegen nach rechts, die Partei wahr-scheinlich auseinanderprengen würde.

Um ein für alle Mal Klarheit zu schaffen, hat der Führer der badischen Zentrumspartei, der Abgeordnete Dr. Schofer, in einem Artikel zu der Angelegenheit Stellung genommen. Wir geben im folgenden das Wichtigste aus diesem — im Luzerner „Waterland“ erschienenen — Artikel wieder. Dr. Schofer schreibt:

Daß die gegenwärtige Koalition in Berlin von unseren Führern die größte Vorsicht verlangt, das stand von vornherein fest. Jedenfalls darf das Zentrum nie solche politische Wege betreten, die ihm die volle Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit nehmen und die Partei zwangsläufig an die Rechte oder gegebenen Falles an die Linke fesseln würden. Nach allen Seiten frei und unabhängig, das muß die Parole für die verantwortlichen Führer sein.

Den Politikern, die im Fall Wirth am liebsten „Verschärfung und Druck“ haben möchten, ruft Dr. Schofer zu: „Verschärfung und Druck“, das ist's, auf das man dort so sehnsüchtig spekuliert. Ich glaube sicher zu sein, werden die Parteimitglieder im Reich, noch die im Land sind gewillt, sich dazu mißbrauchen zu lassen. So treiben die Politiker des Zentrums, nehmen es aber entschieden ab, die Geschäfte der Deutschnationalen zu besorgen.

Diese Stellungnahme des badischen Zentrumsführers ist klar genug. Man darf ruhig sagen, daß wohl von der erdrückenden Mehrheit der gesamten Zentrums-partei die Koalition mit den Deutschnationalen als eine Bundesgenossenschaft empfunden wird, die man nicht ge-sucht hat, die man vielmehr glaubte hinnehmen zu müssen, um Schlimmeres zu verhüten und um die Fort-führung der Regierungsgeschäfte im Reich zu ermög-lichen. Mit dem Herzen ist jedenfalls die Zentrumspartei nicht bei dieser Koalition. Und zumal von der Zentrumsjugend wird das Bündnis keineswegs freudig begrüßt. Sonach ist wohl in der Tat nicht daran zu denken, daß das Zentrum mit den Deutschnationalen ge-meinsam in den Reichstagswahlkampf ziehen könnte.

Der Nachklang von Genf

Die heutige außenpolitische Debatte

Heute, Donnerstag nachmittag 3 Uhr, beginnt im Reichstag die große außenpolitische Debatte in Verbindung mit den Interpellationen über die Außenpolitik. In den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien ist am Mittwoch, wie aus Berlin gemeldet wird, ein gemeinsames Vorgehen in der außenpolitischen Aussprache vereinbart worden.

Im Gegensatz dazu melden Blätter, wie der „Vorwärts“ und „A. Tagel.“, daß eine Einigung über eine gemeinsame abzugeben Erklärung der Regierungsparteien nicht zustande gekommen sei, da die Deutschnationalen dem entworfenen Text in ihrer Fraktionsfassung nicht zugestimmt hätten.

Aus der französischen Kammer

Im französischen Kammerauschuss für Auswärtige Angelegenheiten stellte der radikal Abgeordnete Paul Bastid den Antrag, den Außenminister aufzufordern, dem Ausschuss über die letzte Tagung des Völkerbundesrates Bericht zu erstatten und regte an, bei dieser Gelegenheit auch auf die Rede Poincarés in Lunenburg einzugehen.

Wie Havas über die Stimmung hinsichtlich der letzten Rede Poincarés berichtet, bestätigt es sich, daß die sozialistische Fraktion beschließen werde, eine Interpellation über die Außenpolitik der Regierung einzubringen und daß der Abgeordnete Léon Blum diese Interpellation unter Heranziehung der Rede Poincarés begründen wird.

Der Vorstand der radikalen Partei hat eine Entschließung angenommen, in der unter Billigung der Ergebnisse der Berliner Tagung der Völkerbundesrat die Überzeugung ausgesprochen wird, daß die Organisation des Friedens und das Bemühen um die Sicherheit Frankreichs mit der Außenpolitik Herriots, Rainlabes und Briands, die nach Locarno und Thoiry geführt hat, eng verknüpft ist und daß diese Politik im Geiste der Verständlichkeit, der europäischen Eintracht und der Verhütung mit Unterstützung der Demokraten der einzelnen Länder energisch fortgesetzt werden muß.

Die Besoldungsreform

Im Reichsfinanzministerium in Berlin hat am Mittwoch zwischen dem Reichsfinanzminister und den Finanzministern der Länder die angefangene Besprechung über die Besoldungsfrage stattgefunden. Über ihr Ergebnis will Dr. Köhler am Freitag in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages berichten. Einzelheiten über die Besprechungen sind nicht bekannt geworden. Dem Vernehmen nach haben die Vertreter aller Länder die Notwendigkeit einer Besoldungsreform anerkannt, wenn gleich im einzelnen die Meinungen über das Mäßige und das Nötige auseinandergingen.

Der Termin für die preussischen Gemeindevahlen. Der preussische Landtag hat am Mittwoch mit der zweiten Beratung der neuen Landgemeinverordnung begonnen. Man hofft, dieses Gesetz und die neue Städteordnung noch vor dem 2. Juli, dem Beginn der Sommerferien, verabschieden zu können. Da bisher für die Kommunalwahlen in Preußen an eine sechsmonatige Frist nach der Verabschiedung der neuen Gesetze gedacht war, wurde als Termin für die Gemeindevahlen in den Städten und Landgemeinden der 1. Dezember ins Auge gefaßt.

Badische Verkehrswerbung

Zur Hauptversammlung des badischen Verkehrsverbandes

Die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes findet in der Zeit vom 25.—27. Juni in Baden-Baden statt. Am Samstag, den 25. Juni, tritt vormittags der Gesamtvorstand und am Nachmittag der Landesauschuss im Kurhaus zu einer Sitzung zusammen. Abends veranstaltet die Städtische Kurdirektion zu Ehren der Teilnehmer eine Wiesenbeleuchtung im Kurgarten.

Der Zusammenschluß der zahlreichen an der Hebung des Fremdenverkehrs interessierten Organisationen und Körperschaften zu einer Landesorganisation die im Jahre 1906 auf Anregung von Altstadtrat Oertel, Karlsruhe, dem jetzigen Ehrenpräsidenten des Badischen Verkehrsverbandes, gegründet wurde, entsprang der Notwendigkeit, eine Interessengemeinschaft in den großen Verkehrsangelegenheiten herbeizuführen und damit die Hebung des Fremdenverkehrs in der badischen Heimat praktisch zu fördern.

Die Tätigkeit des Badischen Verkehrsverbandes erstreckt sich auf die Verbreitung eines umfangreichen Werbematerials. Sowohl durch die Herausgabe einwandfreier Werbeprospektoren wie durch die Vertretung der großen badischen Verkehrsprobleme bei den maßgebenden Behörden in Land und Reich hat sich der Aufgabenzirkel der Landesorganisation für den Fremdenverkehr immer mehr erweitert. Mit den Veröffentlichungen, die innerhalb Deutschlands wie im Auslande die größte Verbreitung fanden, gab der Badische Verkehrsverband wiederholt ein Zeugnis einer qualitativen Verkehrswerbung. Die Zahl seiner herausgegebenen Schriften hat sich bedeutend erhöht, wie auch der Umfang und die Ausstattung ihrer Aufträge. Heute gibt es kaum noch eine Auskunftsstelle oder ein Reisebüro, in dem nicht erspöndes Nachschlagewerke über die Verhältnisse im Badnerlande erhältlich sind.

Sein besonderes Augenmerk wurde der Herausgabe kleinerer praktischer Schriften geschenkt. Die Art ihrer Zusammenstellung entspricht den Wünschen des Reisepublikums, bei Einholung von Auskünften auch durch geeignete Werbeprospektoren über diese Gegend informiert zu sein.

Zu dieser Propaganda trat die umfangreiche journalistische Fremdenverkehrswerbung, die in den Diensten der Groß-Presse gestellt wurde. Durch die Herausgabe einer eigenen Verkehrskorrespondenz „V. V. Nachrichten“, die wöchentlich einmal erscheint und der Presse aktuelles Material aus dem badischen Reisegebiet zuleitet, wurde die Berichterstattung über die badischen Verkehrsverhältnisse immer weiter ausgebaut. Mit der Verkehrszeitung „Badnerland-Schwarzwald“, die im März dieses Jahres zum ersten Male erschien, wurde bezweckt, das badische Reisegebiet mit seinen verschiedenen Erholungsplätzen zusammenfassend in die künstlerische Werbung einzubeziehen.

Sämtliche Werbemaßnahmen dieser Art wurden durch die Mitwirkung der Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung in Berlin ergänzt. Der Nachrichtendienst des Badischen Verkehrsverbandes stellt zum großen Teil ein Stück der Propaganda der Reichszentrale dar, durch die die badischen Kollegen und Artikel auch in der ausländischen Presse verbreitet wurden. Auf den großen deutschen Ausstellungen der letzten

Jahre (Deutsche Verkehrsstellung in München und „Golei“ in Düsseldorf) war der Badische Verkehrsverband mit einem großen Anteil des badischen Landes vertreten, das praktisch das Randgebiet Badens mit seinen Fremdenplätzen und Erholungsstätten, sowie Verkehrswege in Erreichung treten läßt. Außerhalb der Ausstellungen findet das Relief im Verkehrsmuseum Karlsruhe Aufstellung und ist dort dem Publikum zugänglich.

Neben diesen Aufgaben stehen die zahlreichen Bestrebungen, den Fremdenverkehr in Baden jederzeit zu fördern. Die umfangreiche vielseitige Tätigkeit erstreckt sich in großen Linien auf folgende Probleme: Behandlung der Fahrplan- und Eisenbahnverkehrsfragen, Ausbau der Kraftwagenlinien, Führung von Sonderzügen, Erschließung entlegener Orte für den Fremdenverkehr, Verbesserung der Straßenverhältnisse, Elektrifizierung der badischen Bahnen, Förderung der Brückenbauten und Bahnhofsambauten, Einführung einer Fremdenverkehrsstatistik, Beseitigung des Pass- und Passwanges, Vertretung der Fremdenverkehrsinteressen im badischen Eisenbahnrat und bei der Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände Berlin, in denen der Verkehrsverband durch seinen Präsidenten, Generalkonsul Menzinger, vertreten ist. Eine weitere Ausdehnung des Aufgabenspektrums ist durch die Badische Reisebüro-Zentrale und durch die Generalvertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros Berlin (MER) gegeben, deren Interessen ebenfalls vom Badischen Verkehrsverband wahrgenommen werden.

Politische Neuigkeiten

Zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten

Auf zahlreiche im Büro des Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung eingegangene Anfragen und Vorschläge für die Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten am 2. Oktober d. J. wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Reichspräsident v. Hindenburg hat den Wunsch ausgesprochen, an seinem 80. Geburtstag von festlichen und geräuschvollen Feiern oder Veranstaltungen Abstand genommen werden möchte. Allen, die Hindenburgs an diesem Tage gedenken wollen, ist — einem jedem nach seinen Kräften — Gelegenheit gegeben, sich durch Beteiligung an der Hindenburgfeier oder dem Empfang des Hindenburgbriefes zu tun. Sie würden im Sinne des Herrn Reichspräsidenten handeln, wenn sie dazu beitragen, die Not zahlreicher durch Krieg und Nachkriegszeit geschädigter Volksgenossen zu lindern.

Um der Bevölkerung Berlins und Umgebung Gelegenheit zu geben, an diesem Tage den Herrn Reichspräsidenten zu sehen und zu begrüßen, hat sich der Herr Reichspräsident bereit erklärt, am nachmittags des 2. Oktobers (Sonntag) im Stadion eine Audienz der Berliner Schuljugend entgegenzunehmen. Auf dem Wege zum Stadion sollen von den Kindern ab Verbände und Vereine, sowie die Bevölkerung Spalier bilden und dem Herrn Reichspräsidenten ihre Begrüßung darbringen. Am Vormittag des 2. Oktobers wird der Herr Reichspräsident nach dem Gottesdienst die Wünsche der Reichsregierung, der Reichswehr und Reichsmarine, des Reichstages, Reichsrates und anderer Körperschaften in seinem Hause entgegennehmen. Für den Vorabend ist ein militärischer Zapfenstreich vorgesehen.

Der Reichswirtschaftsminister über Grundlagen der deutschen Wirtschaft

Anlässlich der Tagung des Deutschen Industrie- und Handelsrates in Hamburg behandelte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ausführlich die Grundzüge der schwebenden deutschen Wirtschaft.

Im Zusammenhang mit der Beurteilung der gegenwärtigen Lage könne mit absoluter Sicherheit gesagt werden, daß die Stabilisierung der Währung gewährleistet ist und daß irgendwelche Gefahren für die deutsche Währung weder zur Zeit noch in Zukunft bestehen. Auch von der Seite der Reparationsverpflichtungen her könnte der deutschen Währung eine Gefahr nicht drohen. Das erhebliche Steigen der Passivität der Handelsbilanz finde ihre ausreichende Erklärung in den Konjunkturverhältnissen. Bei einigermaßen gleichbleibender Einfuhr zeige die Ausfuhr einen zwar langsamen, aber stetigen Aufschwung. Um die Wirtschaft stark und konkurrenzfähig zu machen, sei Senkung der Preise und entsprechende Förderung des Reallohns wahrscheintlich der einzige Weg. Daher habe der Minister auch die Erhöhung der Kohlenpreise untersucht. Er hoffe ferner, daß im gegenwärtigen Augenblick eine Steigerung der Eisenpreise vermieden werden könne. In der Frage der bevorstehenden Neuregelung der Liquidations- und Verdrängungsschäden müsse das Reich diesen Kreisen zuwenden, wozu es nur irgendwie in der Lage sei, und zwar rasch und in einer leicht verwertbaren Form.

Im zweiten Teil seiner Rede behandelte der Minister die Fragen der deutschen Handelspolitik. Die Reichsregierung werde ihre Kraft in der Richtung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz einsetzen mit dem Ziel einer schrittweisen und paritätischen Abwertung der Zollverhältnisse der Welt. Die deutsche Wirtschaft sei entschlossen, hierzu durch langfristige Handelsverträge zu gelangen. Hierzu müßten die Länder, mit denen bereits Tarifabreden vorliegen, neuerdings in der gezeichneten Richtung Verhandlungen vorschlagen. Der Minister bedauerte, daß es noch nicht gelungen sei, zwischen Deutschland und Frankreich eine dauernde wirtschaftspolitische Verständigung auf breiterer Basis herbeizuführen. Das Ziel scheine wieder in weite Ferne gerückt zu sein. Deutschland habe Frankreich Vorschläge im Sinne der Weltwirtschaftskonferenz unterbreitet. Sollte es nicht zu einer Verständigung kommen, so werde sich Frankreich darüber klar sein müssen, daß ein wesentlicher Teil der Verantwortung für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Europas ihm zufalle.

Zum deutschen Zollniveau übergehend erklärte der Minister, daß die Reichsregierung die gegenwärtig bestehende Disparität zwischen dem landwirtschaftlichen und industriellen Zollfuß durch einen entsprechenden Abbau des industriellen und wirtschaftlichen Zollniveaus mit größter Beschleunigung erreichen könne.

Das Reichskabinett hat am Mittwoch nochmals über die Verlängerung des Sperrgesetzes beraten. Mehrere Blätter halten es für wahrscheinlich, daß eine Verlängerung nicht in Betracht kommt. Ferner hat das Kabinett über die Grundlage des Reichsschulgesetzes und über die Bestimmung des 11. August zum Nationalfeiertag gesprochen. In beiden Fragen ist noch keine endgültige Entscheidung erzielt.

Reichstagsabgeordnete als Aufsichtsratsmitglieder. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Die Mitglieder des Reichstages sind verpflichtet, dem Präsidenten des Reichstages mitzuteilen, ob und in welche Unternehmungen (Privatunternehmungen, gemeinschaftlichen Unternehmungen und öffentlichen Unternehmungen) sie Posten als Aufsichtsratsmitglieder innehaben. Der Präsident des Reichstages führt eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder und bringt sie halbjährlich zur Kenntnis des Reichstages.“

Deutscher Reichstag

192. Berlin, 22. Juni.

Die Aussprache über das neue Strafrechtsgesetz

Abg. Dr. Bell (Z.): Dank müsse den Männern gezollt werden, die bei der Ausarbeitung der Strafrechtsreform mitarbeiteten, vor allem dem Ministerialdirektor Bunte vom Reichsjustizministerium und Dr. Stahl. Wir wollen hoffen, so fährt der Redner fort, daß es dem altbewährten Kapitän des Rechtsausschusses gelingen wird, mit kundiger Hand das Schiff rechtzeitig in den Hafen zu bringen (Beifall). Was uns an dem Entwurf zur besonderen Anteilnahme bewegt, ist die Tatsache, daß er ein neues Bindemittel bildet mit unseren österreichischen Brüdern. Bei der Besprechung der Einzelheiten des Entwurfes äußert der Redner Bedenken gegen eine zu weit gehende Freiheit des richterlichen Ermessens. Der Schutz der Gesellschaft gegen Gewohnheitsverbrecher müsse verschärft werden. Aber andererseits müsse die Sicherungsverwahrung mit Rauteln versehen werden, die ihre zu weit gehende Anwendung ausschließt. Wenn der Entwurf bei Landesverrat schwere Strafen vorsieht, so könne das im Interesse der Festigung der deutschen Republik nur begrüßt werden. Das Zentrum halte nicht nur aus religiösen, sondern auch aus Gründen der Staatsverwaltung der Volksgesundheit an der Strafbarkeit der Abtreibung fest. Wir verurteilen die Entschiedenheit des Reichstages, der die Bestimmungsmensuren praktisch straffrei lassen will. Andererseits ist ein verstärkter Ehrenschutz notwendig, vor allem auch bei hochpolitischen Verleumdungsprozessen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) schließt sich dem Dank an Dr. Stahl an. Die Tatsache, daß an dem Werk der Strafrechtsreform Männer aus allen Parteilagern mitgearbeitet haben, sollte für die jetzige Generation eine Lehre sein, im Sinne der politischen Toleranz. Bedenken sollte man haben, ob jetzt schon der richtige Zeitpunkt für die Verabschiedung des Entwurfes gekommen ist. Im österreichischen Parlament kann der Entwurf erst in einigen Monaten zur Beratung kommen. Wir hätten gewünscht, daß schon die Ausschussarbeiten gemeinsam mit unseren österreichischen Brüdern durchgeführt werden. Trotz des Versäufers Vertrages haben wir das gute Recht, in Deutschland und Österreich gleiches Recht zu schaffen. Deutsche wohnen diesseits und jenseits der Grenze und sie haben ein Anrecht auf gleiches Recht (Beifall). Auch andere Gründe nötigen zu der Frage, ob jetzt schon der Zeitpunkt zur Verabschiedung dieses Entwurfes gekommen ist. Vertrauenskrise der Justiz und Strafrechtsreform haben doch sehr viel miteinander zu tun. Wenn die Vertrauenskrise ein Dauerzustand ist, dann wäre der jetzige Entwurf der Strafrechtsreform untragbar. Wir haben nicht die Gewähr, daß auf den Hochschulen Richter herangebildet werden, die ohne politischen Fanatismus mit voller Objektivität ihr Amt versehen und bewußt auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Wenn wir den Richtern die im Entwurf vorgesehene Macht in die Hand geben, müssen wir sie vorher weit besser bilden als bisher. Ein so allmächtiger Richter darf nicht durch mißliche Einkommensverhältnisse verbittert sein. Höchst bedenklich sind in dem Entwurf die Bestimmungen über den Landesverrat. Gegen die Festlegung eines Landesverrates, der zugunsten eines deutschen Landes gegen ein anderes deutsches Land begangen werden kann, müssen wir protestieren. Wir können einen solchen Landesverratsbegriff nicht anerkennen.

Abg. Roene (Komm.) bekämpft den Entwurf. Rußland befindet sich im Abwehrkampf gegen die Kapitalisten der ganzen Welt. Da müsse es dieselbe Waffe der Todesstrafe anwenden, die die Sozialdemokraten auch in das Republikanengesetz eingefügt haben. Redner fordert die Aufhebung des Abtreibungsparagrafen.

Abg. Emminger (V. Vpt.): Der Entwurf bringe einen großen Fortschritt. Ein solcher sei auch die Aufhebung des Justizstandes, daß bisher Verbrecher frei herumlaufen konnten, da sie wegen Unzurechnungsfähigkeit auf Grund des § 61 freigesprochen werden mußten. Der Reichstag habe leider die entsprechende Bestimmung des ursprünglichen Entwurfes verschlechtert. Auf die Todesstrafe als letztes Schuttmittel könne der Staat nicht verzichten.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.): Die im Entwurf vorgesehene Freiheit des richterlichen Ermessens könne man nur einem Richterstande geben, der vollstes Vertrauen genießt. Dieses Vertrauen könnten die Nationalsozialisten aber nicht den Richtern entgegenbringen, vor allem nicht den Richtern jüdischer Rasse.

Abg. Scholz (Linf. Komm.) bezeichnet den Entwurf als ein Aktentat gegen das arbeitende Volk.

Abg. v. Gräfe (Dölk.): Sehr bedenklich sei der § 180 über die Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft. Darin wird auch die Beschimpfung von Gebräuchen mit Gefängnis bedroht, die, wie das jüdische Schächten, nichts weiter als eine barbarische Tierquälerei seien.

Die Vorlage wird einem besonderen Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen.

Am 19½ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die außenpolitische Aussprache in Verbindung mit den Interpellationen über die Außenpolitik und ein kommunistischer Antrag, der sich gegen den Eintritt Deutschlands in die Kolonialmandatskommission des Völkerbundes wendet.

Steuereinnahmen 1913 und 1925

Das statistische Reichsam veröffentlicht heute eine Gegenüberstellung der Gesamt-Steuereinnahmen des Reichs in den Jahren 1913 und 1925. Danach betragen die gesamten Einnahmen aus Steuern, Zöllen und gleichgestellten Abgaben 1913 4 085,5 und 1925 10 559,7 Milliarden RM. Die Einnahmen sind demnach um 6,5 Milliarden RM oder um 160,2 v. H. gestiegen. Berechnet man diese Einnahmen auf den Kopf der Bevölkerung, so entfallen durchschnittlich auf einen Einwohner 1913 70,21 RM, 1925 169,20 RM. Das bedeutet eine Steigerung um 140,99 v. H. Bei Wertung dieser Zahl darf die geringere Kaufkraft des Geldes nicht außer Betracht bleiben. Soweit die Steigerung der Steuereinnahmen nicht durch die allgemeine Preissteigerung und den sich daraus ergebenden Mehraufwand der Verwaltung für persönliche und sächliche Kosten hervorgerufen ist, ist sie auf zahlreiche andere Ursachen der Ausgabenvermehrung zurückzuführen. Ein erheblicher Neubau ist entstanden durch die Ausgaben, die als Folge des Krieges dem Reiche entstanden sind; das sind vor allem die Versorgungsgebühren der alten Wehrmacht und die Reparationszahlungen. Weiter ist gegenüber 1923 u. a. noch ein erheblicher Mehrbedarf insbesondere für Zwecke der Wohlfahrtspflege, einfiel, der Förderung des Wohnungswesens, für das Schul- und Bildungswesen und das Strafen- und Wegebauwesen eingetreten. Beispielsweise sind von den Einnahmen im Jahre 1925 zur Deckung eines Teiles der genannten Mehrausgaben 11,3 % von vornherein festgelegt und zwar für Reparationszahlungen 458,9 Millionen RM aus der Reichsbahn- und Industriebelastung und 145,8 Millionen RM aus der Verbrauchssteuer, und für Wohnungsbau 586,0 Millionen RM in der Hauszinssteuer.

Die Bautätigkeit im Frühjahr 1927

Die Neubautätigkeit hat im laufenden Jahre wiederum verhältnismäßig spät eingesetzt. Das hängt mit der Notwendigkeit der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln zusammen, führt aber leider dazu, daß die Bautätigkeit sich dann in den wenigen Sommermonaten zusammenhängt, wodurch leicht eine künstliche Preissteigerung der Baustoffe erzeugt werden kann. Immerhin stellt in diesem Jahre die Statistik der Bautätigkeit, die in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bekanntgegeben wird, schon für den Monat März eine erhebliche Zunahme der fertiggestellten Gebäude und Wohnungen sowie der erteilten Baugenehmigungen fest. In den 45 betrachteten Großstädten wurde ein Neuzugang an Wohngebäuden gezählt, der um 74 Proz. größer war als im Monat Februar. Die Zahl der durch die Bautätigkeit gewonnenen neuen Wohnungen stieg um 38 Proz. In den Mittelstädten war die Zunahme an Wohngebäuden und an Wohnungen dagegen nicht unerheblich geringer als im Februar. Worauf das zurückzuführen ist, wird leider nicht bekanntgegeben. Aber in 47 betrachteten Mittelstädten wurden im März 1927 nur 852 Neubauwohnungen fertiggestellt gegenüber 1004 im Monat Februar.

Die Zahl der erteilten Baugenehmigungen hat sich durchweg bedeutend erhöht, und zwar sowohl in den Großstädten als auch in den Mittelstädten. Es wurden in den Großstädten 53 Proz. Wohnungen mehr als im Februar zum Bau genehmigt, in den Mittelstädten aber sogar 61 Proz. mehr. Man darf also wohl annehmen, daß die Mittelstädte in Zukunft mit den Großstädten hinsichtlich der Neubautätigkeit gleichen Schritt halten werden. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß Maßnahmen beachtlich sind, durch eine andere Verteilung der Hauszinssteuererträge vorzugsweise die Neubautätigkeit in den Mittel- und Kleinstädten mehr als bisher zu fördern. Ein Vergleich der im März 1927 erteilten Baugenehmigungen mit denen des März 1926 ergibt das erfreuliche Resultat, daß die Zahl der für Wohngebäude erteilten Baugenehmigungen in den Großstädten um 70 Proz. in den Mittelstädten aber um 132 Proz. gestiegen ist. Es scheint hiernach, daß die Bautätigkeit in diesem Jahre besser in Gang kommen wird, als im verfloffenen Jahre.

Hilfsmassnahmen für die Kleinrentner

Der Reichstag hat für die Kleinrentnerfürsorge im laufenden Jahre 25 Millionen Mark bewilligt, die an die Länder nach der Zahl der in jedem Lande vorhandenen Kleinrentner verteilt werden sollen. Die Länder sollen vier Fünftel der empfangenen Summe an die Bezirksfürsorgeverbände gleichfalls nach dem Verhältnis der vorhandenen Kleinrentner weiterverteilen. Das restliche Fünftel soll gleichfalls den Bezirksfürsorgeverbänden zugeführt werden, aber ausschließlich denjenigen, die durch Aufwendungen für die Kleinrentner fürsorge unverhältnismäßig stark belastet werden. Die Bezirksfürsorgeverbände müssen über die Verwendung der Mittel nach einem vom Reichsarbeitsminister zu bestimmenden Muster Rechenschaft ablegen.

Dieser Reichstagsbeschluss hat vielfach Widerspruch gefunden. Man behauptet, daß er den Kleinrentnern wenig nützen werde, weil die Grundätze über die Verwendung dieser Reichszuschüsse sowohl vom Standpunkt der Hilfsbedürftigen als auch vom Standpunkt der Fürsorgeträger aus abgelehnt werden müssen. Sowohl der Deutsche Städtebund und der Deutsche Landrentnerbund als auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge haben vor dieser Regelung ausdrücklich gewarnt. Die Zahl der in Deutschland unterstügten Kleinrentner wird auf rund 300 000 geschätzt. Auf Grund der Bewilligung des Reichstages entfallen also rund 60 Mark jährlich auf den Kopf jedes Kleinrentners. Mit Recht führt Präsident Martini in der „Soz. Praxis“ aus, daß dieser Betrag keineswegs geeignet sei, die Lage der Kleinrentner menschenwert zu verbessern, daß aber der einzelne Rentner, der in den Zeitungen von einer 25 Millionen-Zunahme der Reichsrente für die Kleinrentner liest, enttäuscht wird, wenn er nur eine so geringe Summe erhält, und dann zur Annahme geneigt ist, daß die Bezirksfürsorgeverbände die ihnen zustehenden Mittel vorzugsweise für andere Zwecke verwenden. Trotzdem wird man, nachdem der Reichstag die 25 Millionen für die Kleinrentner einmal bewilligt hat, die Vereinfachung einer höheren Summe aber an dem Widerspruch des Reichsfinanzministers scheitern dürfte, wünschen müssen, daß diese Gelder möglichst allen bedürftigen Kleinrentnern zugute kommen.

Kurze Nachrichten

Beginn der Daager Verhandlungen über den Chorzow-Streitfall. Mittwoch vormittag wurde im Friedenspalast im Haag die erste öffentliche Sitzung des ständigen Internationalen Gerichtshofes im deutsch-Chorzower Streitfall eröffnet. Zunächst begründet der polnische Generalagent bei den gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichten in längerer Ausführungen den polnischen Einwand der Unzulässigkeit des Internationalen Gerichtshofes für den vorliegenden Streitfall.

Die Großmächte an Jugoslawien. Die vier Großmächte haben eine Kollektivnote an Jugoslawien gerichtet, um eine gütliche Beilegung des Konfliktes mit Albanien zu erreichen. Man ist der Meinung, daß Jugoslawien den Wünschen der Großmächte Folge leisten werde.

Das neue rumänische Kabinett hat sich nunmehr gebildet. Die bisherige Ministerliste bleibt bis auf folgende Veränderungen bestehen: Das Ministerium für Unterricht übernimmt Angelescu, das Arbeitsministerium Lupu und das Ministerium für öffentliche Arbeiten Nitior.

Einigung zwischen Jeng und Tchangkaifched. „Times“ meldet aus Schanghai, Fenghuifang und Tchangkaifched hätten sich darin geeinigt, ihren Vormarsch gegen Norden fortzusetzen. — In Donau und Südsibirien ist eine kommunistische Bauernbewegung im Gange, die an den Vorkaufstagen von 1900 erinnert. Sie soll über eine Viertel Million modern bewaffneter Mannschaften verfügen.

Zeitschriftenschau

Das Auto-Einmal-eins. Soeben ist die erste Lieferung eines neuen und neuartigen Buches erschienen, wichtig für alle, die irgendeine Befassung mit dem Automobilwesen haben oder sich für den Motorpark interessieren. Den kurz einleitenden statistischen Daten folgt reich illustriert, klar und prägnant alles, was man vom Auto, seiner Karosserie und seinen wesentlichsten Teilen als Kind unserer Zeit — ganz gleich, ob man schon Autobesitzer ist oder nicht — wissen muß. Es ist hier zum ersten Male der glänzende Versuch unternommen, die zum Teil sehr trockene Materie in unterhaltender, fast spannend zu nennender Form zu verpacken. Dabei ist jeder Ballast, jede Fachsprache gründlichlich vermieden. (Das Auto-Einmal-eins, Verlag H. Voll, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.)

Badischer Teil

Badischer Landtag

35. Sitzung

Dr. Karlsruhe, den 22. Juni.

In der Nachmittags-Sitzung wird in die Einzelberatung über die Novelle zum Landtagswahlgesetz eingetreten.

Die einzelnen Artikel und Paragraphen werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge durchweg nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses angenommen. Nur in § 3 des Artikels I tritt durch Annahme eines Antrages von Zentrum und Sozialdemokraten infolge einer Änderung ein, als die Wahlvorschläge in jedem Wahlkreis von mindestens 2 Prozent (statt 5 Proz.) der bei der vorhergehenden Landtagswahl im Wahlkreis Wahlberechtigten unterzeichnet sein müssen. In diesem Zusammenhang erfolgen Auseinandersetzungen der Abg. Dr. Marum (Soz.), von Au (Bürg. Vgg.), Dr. Schöfer (Str.), Dr. Wollhard (Dem.) und von Bod (Komm.). Die Abstimmung über § 3 ist eine namentliche. Dafür stimmen 39 Abgeordnete, dagegen 19 Abgeordnete (Bürg. Vereinigung, Demokraten und Kommunisten), 6 (Deutsche Volkspartei) enthalten sich der Stimme.

§ 5, der von der Stimmzählung handelt, erfährt im Interesse der Klarheit eine textliche Änderung. Vor der Abstimmung über das ganze Gesetz gibt Abg. Dr. Glöckner (Dem.) die Erklärung ab, daß seine Fraktion bebaure, der Vorlage nicht zustimmen zu können, nachdem die demokratischen Anträge abgelehnt und die Wünsche der kleinen Parteien nicht berücksichtigt worden seien. Diese Haltung bedeute keine Spitze gegen die allgemeine Politik der Regierung, an der die Demokraten beteiligt seien.

Abg. D. Meyer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.) äußert ebenfalls sein Bedauern, daß seiner Fraktion die Zustimmung zum Gesetze unmöglich geworden sei.

Die namentliche Abstimmung ergibt, daß von 72 Mitgliedern des Hauses 64 anwesend sind. Davon stimmen 39 mit Ja, 25 (Bürg. Vgg., Volkspartei, Demokraten und Kommunisten) mit Nein.

Das Landtagswahlgesetz ist damit in erster Lesung angenommen.

Die dazu vorliegenden Gesetze werden für erledigt erklärt, und zwar jene der Frauensorganisationen mit 36 gegen 26 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Das Haus beschließt mit Mehrheit die zweite Lesung des Gesetzes am Freitag, den 1. Juli, vormittags vorzunehmen.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge zum Reichsschulgesetz.

Abg. Dr. Marum (Soz.) stellt namens des Verfassungsausschusses folgenden Antrag:

1. Die Regierung wird ersucht, bei der Erledigung des Reichsschulgesetzes bei der Reichsregierung und im Reichsrat darauf hinzuwirken, daß

1. die Erhaltung der jetzigen badischen Simultanschule im Reichsschulgesetz gesichert wird,

2. wenn das nicht erreichbar ist, das Reichsschulgesetz den Ländern, in denen nach Erkenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, die Entscheidung über die Beibehaltung dieser Schule überläßt.

II. Die Anträge der Volkspartei, der Demokraten, der Sozialdemokraten und des Zentrums werden für erledigt erklärt.

Abg. Bod (Komm.) lehnt den Ausschussantrag ab. Seine Partei stehe auf dem Boden der Gemeinschaftsschule mit ausgeprägtem weltlichem Charakter.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) führt aus, durch die neueinbrachten Anträge des Zentrums und der Sozialdemokratie sei die Situation nicht klarer geworden. Auch fehle immer noch eine bestimmte Erklärung der Regierung. Die Simultanschule müsse im Reichsschulgesetz unbedingt den Vorrang erhalten.

Abg. D. Meyer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.): Wir stimmen dem Ausschussantrag zu. Mit den Abänderungsanträgen können wir uns nicht befreunden. Man solle die badische Schule in Ruhe lassen.

Abg. Dr. Föhr (Str.) freut sich, daß der Ausschuss den christlichen Charakter der badischen Simultanschule betont, daß bei Beratung des Reichsschulgesetzes im Reichsrat die Regierung sich für Durchführung der Reichsverfassung einsetzt, wie es der Zentrumsantrag wünscht, sei eine Selbstverständlichkeit. Diesen Standpunkt nimmt auch der Minister ein. Man sollte doch zuwarten, bis in den Vorschlägen der Reichsregierung konkrete Unterlagen liegen.

Abg. Dr. Marum (Soz.) erinnert an seine am 2. Juni abgegebene Erklärung, an der er nicht das Mindeste zu ändern habe. Die Sozialdemokraten treten in Baden für die bestehende Gemeinschaftsschule mit Simultanschule ein. Für sie komme es darauf an, etwas Positives zu erreichen. Über den gesetzlichen Zustand hinaus würde aber nichts zugegeben.

Abg. Hofmeier (Dem.) will das religiöse Moment als Erziehungsfaktor nicht missen. Er ist überzeugt, daß sich die Regierung in Berlin mit allem Nachdruck für die badische Schulgesetzgebung einsetzt.

Abg. Dr. Schöfer (Str.) fragt, was die vielen Anträge zur badischen Schulpolitik bedeuten sollen. Man möge sie liegen lassen, bis das Reichsschulgesetz vorliegt.

Abg. Bod (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten. Auf Antrag Dr. Marum wird die Abstimmung über sämtliche Anträge bis zur nächsten Plenarsitzung ausgesetzt.

Mit kurzen Bemerkungen des Abg. D. Meyer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.) ist die Aussprache beendet.

Es folgt der Bericht des Abg. Dr. Föhr (Str.) über die Eingaben des Bad. Städteverbandes, des Bad. Städtebundes, des Verbandes Bad. Gemeinden betr.

Mitwirkung der Gemeinden bei der Gesetzgebung, sowie der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden betr.

Errichtung eines Badischen Landeswirtschaftsrats. Der Verfassungsausschuss beantragt: 1. Der Landtag wolle zu der von der Regierung in Aussicht genommenen Regelung der Anordnung der Gemeinden, Gemeindeverbände und Kreise sowie der Wirtschaftsorganisationen seine Zustimmung geben, 2. obige Gesetze für erledigt erklären. Die von der Regierung aufgestellten Richtlinien sind unseren Lesern bereits bekannt.

Dazu sprachen die Abg. Ritter (Komm.), Maier-Heidelberg (Soz.), Dr. Mattes (D. Vpt.), D. Meyer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.) und Dr. Glöckner (Dem.), worauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wird.

Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters Abg. Dr. Föhr wird Absatz 1 des Ausschussantrages (betr. die Richtlinien) mit 44 gegen 4 kommunistische Stimmen, Absatz 2 mit 32 gegen 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag, den 1. Juli, vorm. 9 Uhr: Zweite Lesung des Landtagswahlgesetzes, Abstimmung über die Anträge zum Reichsschulgesetz und Beratung der Novelle zum Gebäudeversicherungs-gesetz.

Schluß der Sitzung gegen 20¹⁵ Uhr.

Nachtrag zum Staatsvoranschlag

Der nun vorgelegte Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1926/27 bringt eine Mehreinnahme für die Staatskasse von 548 960 M., wodurch sich der im Gesetz vom 5. August v. J. auf 711 700 M. berechnete ungedeckte Fehlbetrag auf 167 740 M. vermindert. Über die Deckung desselben muß später Beschluß gefaßt werden, wenn und soweit der Betrag im Laufe der Haushaltsperiode durch Einnahmeüberschüsse nicht erwirtschaftet werden kann.

Der Art. 8 des Finanzgesetzes erhält folgende Fassung: Die Staatsschuldenverwaltung wird ermächtigt, im Wege des Staatskredits im In- und Auslande zu beschaffen a) die Mittel für die Instandsetzung der Landstraßen und zwar bis zum Betrage von 47 Millionen; b) die Mittel für die Darlehen, die den im Osten des Reiches anzuliebenden badischen Bauern aus der Staatskasse vorgestreckt werden sollen und zwar bis zum Betrage von 1,2 Millionen; c) die Mittel für die Darlehen zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge bis zum Betrage von 7,5 Millionen.

Aus der Begründung dieses Gesetzesentwurfes geht hervor, daß im Jahre 1927 und in den folgenden Jahren etwa 200 badische Bauernhöfe im Osten angegliedert werden sollen. Dem Siedler soll aus der Staatskasse ein Darlehen von 6 000 M. gewährt werden, das mit einem Prozent verzinst wird.

Der Nachtrag zum Staatsvoranschlag enthält im außerordentlichen Etat des Staatsministeriums den Betrag von 50 000 M. als Ehrengabe an den Erzbischof von Freiburg aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Erzbischöflichen Freiburg zur Verwendung zu wohltätigen Zwecken. Ferner ist im außerordentlichen Etat des Unterrichtsministeriums die zweite Bauparale für den Neubau der Kliniken der Universität Freiburg im Betrage von 400 000 M. angefordert.

Die Entwicklung des badischen Straßenbauprogramms Die 65 Seiten umfassende Denkschrift des Finanzministeriums über die Entwicklung des badischen Straßenbauprogramms gibt in folgenden Leitlinien:

1. Infolge der raschen Verkehrs-Entwicklung soll durch Beschaffung der Mittel im Anleihewege die Dauer des jetzigen Instandsetzungsprogramms von 10 Jahren auf 4 Jahre, d. h. bis Ende 1929 verringert werden.

2. Infolge der Zunahme des Kraftverkehrs wird man in absehbarer Zeit weitere Landstraßentrecken mit Dauerdecken besetzen müssen.

3. Dem ersten Instandsetzungsprogramm hat daher in Baden ein weiteres zu folgen.

4. Notwendig ist auch eine alsbaldige Steigerung der regelmäßigen Maßnahmen zur Unterhaltung der Landstraßen (Einschränkung des Fährverkehrs und Ausdehnung der Deckenweisen-Unterhaltung), sowie eine wesentliche Erhöhung der bisher zur Verfügung gestellten Mittel.

5. Durch Ausschreibung minderwertiger Landstraßentrecken, sowie durch Aufnahme wichtiger Kreis- und Forststraßen mit durchgehendem Verkehr, das Landstraßennetz den veränderten Verkehrsverhältnissen anpassen.

6. Die Erbauung von Autostraßen ist grundsätzlich zu fördern.

7. Der Beitrag der Gemeinden für Neubau und Unterhaltung der Landstraßen wird grundsätzlich beibehalten, dagegen für die Anlegung der Beiträge ein neuer Verteilungsstab vorgeschlagen, der neben der Länge der Landstraßentrecken auch die Einwohnerzahl berücksichtigt.

8. Die durch das außerordentliche Instandsetzungsprogramm verursachte Beitragssteigerung der Gemeinden wird auf 20 Jahre laufend und gleichmäßig verteilt.

9. Für die nach § 17 St.G. zu leistenden Beiträge kann die Regierung in besonderen Fällen den Beitrag gleichfalls auf eine längere Reihe von Jahren verteilen.

10. Das Verfahren zur Eingiehung der Beiträge für die Landstraßenunterhaltung wird durch entsprechende Änderung der Vollzugsverordnung vereinfacht.

11. In Verbindung mit einer Änderung des § 18 St.G. wird auch eine Änderung des Pfastergelbgesetzes ins Auge zu fassen sein.

Eine Jubiläumsschrift der Stadt Ettlingen

Der Gemeinderat von Ettlingen hat aus Anlaß der 700-Jahrfeier der Stadt Ettlingen eine Festschrift herausgegeben, die in erster Linie als Begleiterin durch die Jubiläumstage dienen soll, dann aber auch als treffliche Werkstätte für eine deutsche Stadt gelten darf in ihrer landschaftlich schönen Lage, ihren reichen geschichtlichen Denkmälern, dem freundlichen Stadtbild, an dessen Ausgestaltung sieben Jahrhunderte gearbeitet haben. Ettlingen hat eine reiche Geschichte. Die geographische Lage an der Kreuzung von zwei großen Verkehrsadern brachte es mit sich, daß sie in den Strom der Ereignisse oftmals hineingerissen wurde. Unerst die typische deutsche Bauernstadt, entwickelte sich Ettlingen später zur Gewerbe- und Industriestadt. Über alles dieses, über Werke weltlicher und geistlicher Kunst, über charakteristische Wohn-, insbesondere Fachwerkbauten, die einen bemerkenswerten Schmuck der Stadt bilden, usw. gibt die Festschrift Kunde. Das Buchlein ist mit reichem Bilderreichtum versehen, der in seiner gleichmäßigen Wahl und dem klaren Druck den Text auf das Beste unterstützen. Als Verleger zeichnet G. Braun, Karlsruhe-Ettlingen.

Einweihung des Kreisheims der badischen Turnerschaft

Kürzlich wurde auf der lieblich bei Offenburg gelegenen Brandesbühl die Weihe des Heimes des 10. badischen Turnkreises vollzogen unter Anteilnahme zahlreicher Turner und Turnerinnen des gesamten badischen Kreises. Auf den zahlreichen Zugangswegen lanten im Laufe des Vormittags die Scharen beim Heim an, auf dem bereits am Samstagabend der Kreisverband des Kreises getagt hatte. Die Mehrzahl der Gäste hatten Abordnungen gesandt, die dem Heimeinnahme Gesandte brachten. Besonders stark waren die Ortsmänner und der Kreisgauer Bau vertreten, von wem letzterem die Freiburger Turnerschaftsjugend durch Spiele zum guten Gelingen beitrug.

Die Weihe des Heimes vollzog sich um die Mittagsstunde in einfacher schlichter Weise. Neben Musikanten wurden gemeinsame Lieder gesungen. Der erste Kreisvertreter, Weich, Schwebingen, übergab das Heim mit einer der Weihe der Stunde angepaßten Rede seiner Bestimmung, wobei er in Kürze den Entwicklungsgang der Erwerbung freitrie und den Richtung sich verdient machten, insbesondere dem Heimleiter, Kreisamternunterschied Ottstadt, Offenburg. Das Haus sei bestimmt, nicht nur als Raststätte für Wanderer, sondern auch als wirkliche Ruhe- und Erholungsstätte für alle Turner und ihre Angehörigen. Seine Ausführungen klangen aus in einem starken Bekenntnis zu unserer Heimat mit den Worten „Deutsches Haus, deutsches Land, behüt Dich Gott mit starker Hand“. Zahlreich waren die weiteren Ansprachen der Behörden-, Gau- und Kreisvertreter.

Badischer Gastwirteverband

Der 42. Verbandstag des Badischen Gastwirteverbandes in Heidelberg wurde eingeleitet durch eine Festversammlung in der Stadthalle, wobei zugleich das 40jährige Bestehen des Heidelberger Birteverbandes gefeiert wurde.

Mittwoch Vormittag begann die eigentliche Tagung. Es waren anwesend Mitglieder der städtischen und staatlichen Behörden, der Handwerks- und Handelskammern, der Fraktionen des Landtages, Vertreter des Brauereiverbandes sowie der Finanzverwaltung. In Vertretung des Verbandes vorstehenden Knopp, der durch Krankheit verhindert war, leitete sein Stellvertreter Knobel, Mannheim, die Versammlung. Nach Begrüßungsansprachen ergriff Verbandspräsident Knobel, Berlin, das Wort. Er sprach über die steuerliche Last, die heute insbesondere auf dem Gastwirtgewerbe ruhe, wogegen der große Gemeindefinanzbedarf einen harten Kontrast bilde. Im neuen Schankstättengesetz müsse der Konfessionszwang für den Flaschenbierhandel sowie für die sogenannte Strauß- und Besenbierhandlung beseitigt werden. Alsdann trat man in die eigentliche Tagesordnung ein, aus der folgende wichtige Punkte erwähnt seien:

1. Einführung eines Einheitsbieres. — Der Antrag wurde sowohl von Birte- als auch von Brauereiseite begrüßt. Die praktische Lösung scheiterte aber vorerst an der Möglichkeit, alle Brauereien zu dieser Vereinheitlichung zu bewegen.

2. Befreiung der Hotels aus der Wohnungszwangswirtschaft. — Hier wird gefordert, daß die Hotels nach 10jähriger Dauer des Wohnungszwangsgesetzes von der Zwangsmitnahme befreit werden, dies insbesondere mit Rücksicht auf die in verschiedenen Städten sich zeigenden Bestrebungen, städtische Hotels zu bauen.

3. Der Antrag auf Erteilung der Tauglichkeitsurteile soll im ganzen Lande einheitlich geregelt werden.

4. Der Antrag, daß der Bierauschank auf den Sportplätzen in Zeiten der strengen Konzeption und der Polizeistunde unterliegt wie Betriebsbetriebe, wurde einstimmig angenommen.

Als Tagungsort der nächsten Hauptversammlung wurde Donaueschingen bestimmt. — Nachmittags fand ein gemeinsames Festessen statt. Verschiedene gesellschaftliche Veranstaltungen auch aus Anlaß der Ausstellung für das Birte- und Hotelgewerbe werden sich anschließen.

Gemeinde-Rundschau

Stadtparkanlage in Furtwangen. Dem wachsenden Fremdenverkehr Rechnung tragend wird sich der Bürgerausschuß Furtwangen dieser Tage mit einer wichtigen Vorlage beschäftigen. Das Stadtparkprojekt liegt zur Ausführung fertig vor und es darf angenommen werden, daß es der Bürgerausschuß einstimmig genehmigt. Es hat sich gezeigt, daß obwohl Furtwangen in aller nächster Umgebung herrliche Waldungen besitzt, ein inmitten der Stadt gelegener schöner öffentlicher Garten doch ein dringendes Bedürfnis für Kurgäste und Einheimische darstellt. Der Stadteigenen Park selbst übrigens die beste Möglichkeit, im Innern des Städtchens selbst eine derartig schöne Anlage zu schaffen. Zu gleicher Zeit wird auch noch eine Anzahl staubfreier Fußwege geschaffen.

Der Bürgerausschuß Waldshut genehmigte 1. die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 30 000 M. zu einem jährlichen Zinsfuß von 10 Proz. vorbehaltlich der Festsetzung des Tilgungssatzes, 2. Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 100 000 M. bei der Badischen Girozentrale, 3. die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 952 500 M. bei der Badischen Girozentrale zu einem jährlichen Zinsfuß von sechs Prozent und einem Tilgungssatz von 1 1/2 Proz. zuzüglich der jährlichen Zinseszinsen. Letzterer Betrag dient hauptsächlich zur Erwerbung von Gelände, Straßenaufbauten, Kanalisation, Errichtung eines Schul- und Volksbades usw. 420 000 M. werden zur Erstellung einer Siedlung im Schnitzinger Tal verwendet, mit der in aller nächster Zeit begonnen werden soll. Weiter wurde ein außerordentlicher Solzins in Höhe von 3000 Festmark mit einem schätzungsweise Erlös von 40 000 M. bewilligt. Die Vorlage auf Einführung der Biersteuer fand fast einmütige Ablehnung.

Das verurteilte Standesamt. Das Freiburger Standesamt weigerte sich, wie dortige Blätter berichten, dem Antrag eines Arbeiters zu entsprechen, der für sein neugeborenes Töchterchen den Namen Sonja eingetragen haben wollte, weil dieser Name ein typisch russischer Mädchennamen sei. Der junge Vater gab sich aber nicht zufrieden und rief das Gericht an. Nachdem er vom Freiburger Amtsgericht abgewiesen worden war, machte er das Landgericht mobil. Dieses entschied dahin, daß dem Willen des Vaters entsprechend der Name Sonja einzutragen sei.

Der städtische Voranschlag von Konstanz. Die Ausgaben für das Jahr 1927 betragen nach dem städtischen Voranschlag 5 891 000 M., die Einnahmen 5 017 000 M., so daß sich ein Fehlbetrag von 874 000 M. ergibt. Die Umlage soll auf 85 Pf. für das Grundvermögen, auf 34 Pf. für das Betriebsvermögen und auf 632 Pf. für den Gewerbeertrag pro je 100 M. Steuerwert festgelegt werden.

Die Elektrifizierung des Berliner Stadt- und Ringbahnnetzes wird voraussichtlich etwa Mitte des nächsten Jahres beendet sein, so daß der elektrische Gesamtbetrieb vielleicht schon im Spätsommer 1928 aufgenommen werden kann. Mit der Elektrifizierung sind auch umfangreiche Gleisverlegungen und Bahnhofsbauten im Westen Berlins verbunden. Zur Beschleunigung des Verkehrs und zur Erleichterung des Umsteigens soll ein neuer Umsteigebahnhof errichtet werden, der in der Mitte eines Vierecks liegt, das durch die Bahnhöfe Grunewald, Halensee, Charlottenburg, Willehagen gebildet wird. Der neue Umsteigebahnhof wird zwei senkrecht übereinanderliegende Geschosse (ähnlich wie der Hochbahnhof Gleisdreieck) erhalten, von denen das untere den Stadtverkehr, das obere die Ringbahnzüge aufnimmt.

Aus der Landeshauptstadt

Ehrensenator. Der Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe hat auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenwesen Herrn Kommerzienrat Max Dehmer in Halle a. S. in Anerkennung seiner Verdienste um die Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten an der Technischen Hochschule Friedericiana die Würde eines Ehrendozors verliehen.

Zeitschriftenschau

Elegante Welt. Die Spezial-Adressnummer der „Eleganten Welt“ ist soeben erschienen. Auf der „Modenschau der Nigen“ am Badestrand zeigt sie in aparten Modellen alle Abarten des „Badekostüms 1927“ und des „Badebades“. Ein informatives Kapitel über den „Badeanzug des Herrn“ ist ebenfalls eingestreut. In künstlerisch illustrierten Artikeln beschäftigt sie sich weiter mit der Frage: „Weiß oder pastellfarben?“ und mit den Kleidern für den Tanz im Freien. Preis 1.— M. (Verlag Dr. Epler & Co., Berlin.)

Kurze Nachrichten aus Baden

Adressbuch von Mittelbaden 1927. 74 Orte der Amtsbezirke Karlsruhe und Ettlingen und angrenzenden Teile der Amtsbezirke Durlach, Forstheim und Rastatt, umfassend das Wirtschaftsgebiet der Landeshauptstadt Karlsruhe. Bearbeitet nach amtlichen Unterlagen und Eigenaufnahmen. Mit Angabe aller Fernsprechanschlüsse, Postfachkonten- und Sparkasten-Contonummern sowie Bankverbindungen. — Jeder Ort ist für sich abgeteilt und bringt zuerst Verzeichnisse aller Behörden, Schulen, Kirchenverwaltungen, Wohlfahrtsvereine, Vereine und Gewerbevereine, dann ein vollständiges Verzeichnis aller ortsanfässigen Einwohner und Firmen nach dem AVB, anschließend ein Verzeichnis der Handel- und Gewerbetreibenden nach Berufszweigen. Das Material zu diesem Adressbuch ist fast durchweg von den Bürgermeistern geliefert, ergänzt durch eigene Aufnahmen und durch genaue Nachprüfungen auf zuverlässigen, neuesten Stand gebracht. Es bietet also ein wertvolles Nachschlagewerk für die Einwohner und Firmen der genannten Orte, wie auch eine wertvolle Anschriften-Sammlung für alle, die mit diesen in Verbindung treten wollen. Der Preis (994 Seiten) ist komplett M. 17.—, Teil I: Durlach und der Pfinggau M. 6.50, Teil II: Ettlingen und der Albgau M. 3.50, Teil III: Das Rheintal südlich von Karlsruhe M. 3.50, Teil IV: Das Rheintal nördlich von Karlsruhe M. 5.20. Ein Plan ist beigegeben. Besonders sei auf die historischen und statistischen Angaben verwiesen, die vor jedem Orte dessen Vergangenheit und Verhältnisse kurz darlegen. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und vom Verlag G. Braun, Karlsruhe.

Hirschhorn a. N., 22. Juni. In dem Dorfe Langenthal bei Hirschhorn brach, wie das „Heidelb. Tagbl.“ meldet, gestern Nachmittag in der dortigen Papierfabrik ein großer Brand aus. Das ganze Fabrikgebäude stand in kurzer Zeit in Flammen. Das Feuer wüthete die ganze Nacht und erst am frühen Morgen konnte es soweit eingedämmt werden, daß die Feuerwehren der Umgebung abrücken konnten.

H. Heidelberg, 22. Juni. Das Heidelberger Schloss wurde im Monat Mai von insgesamt 27 636 Personen besucht; darunter befanden sich 53 Vereine und 112 Schulen aus Darmstadt, Saarbrücken, Frankfurt, Worms, Stuttgart u. a.

Bühl, 22. Juni. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Bezirksbauvereins „Dösgau“ wurde an Stelle des verstorbenen Obliquitsbesizers und Kreisvorsitzenden Geppert, Bühl, Landesökonomierat Köhler zum Vorstand genannten Vereins gewählt.

Bücheranzeigen

„Amerikanische Industriemagnaten“. Von E. A. Bratter (Sammlung „Wege zum Wissen“, Verlag Neuen, Berlin). Die Namen Rockefeller, Carnegie, Ford, die für uns nachgerade mehr ungeschickter Klang als realen Sinn haben, erfüllt Bratter mit wackeliger sachlicher Bedeutung, und er fügt neue Namen hinzu — Patterson, Firestone, Schwab u. a. —, die bei uns weniger oft genannt werden, aber für Amerika selbst nicht unwesentlicher sind. All diese Männer verdanken ihre großartigen Erfolge nicht nur ihrer Willenskraft, Klugheit, Produktivität — sondern auch sehr stark dem Glück. Aber wenn man so konsequent und lächerlos „Glück hat“ — so ist das wohl auch eine nicht zu unterschätzende Charaktereigenschaft. Wer das Problem der amerikanischen Wirtschaft nicht aus langatmigen und immer etwas zweifelhaften volkswirtschaftlichen Lehmeinungen, sondern einfach aus dem Wesen ihrer Führer verstehen will, findet in diesem Buch, was er sucht.

Urausgabe: „Rebel“. Ein phantastischer Roman. Pappband 6 RM., Reinen 7.50 RM. (Verlag Neher & Jessen, München). — In diesem von Humor und Phantasie beschwingten Roman zeigt sich der „spanische Dostoienski“ von einer neuen, einer heiteren Seite. Die geistreiche Mischung von grotesken Einfällen und ernsthafter Charakterzeichnung verleiht der spannenden, in den Roman verwobenen Liebesgeschichte und nicht zuletzt den mannigfachen Nebenepisoden einen seltsamen Zauber.

Carl Hauptmann: „Tanzaliden“. Eine Romanabteilung. In Ganzleinen geb. 7.50 RM. (Horen-Verlag, Berlin-Grünwald). Dieser Roman ist das letzte Werk, das Carl Hauptmann geschrieben hat. Er formt in ihm die Legende vom Gemalteser, von dem Menschen, der die Macht anpackt, und gegen den jäh Gott, die wahre Macht, sich wendet. Wie Demant gegen Eisen. Es ist die Legende vom Kaiser, der wider Gott aufsteht und ihn nicht zwingen kann — außer allein durch Liebe. Der Dichter hat diesen Roman in den Tagen des 1.—9. August 1918 im frühen Morgenstunden niedergeschrieben.

Sigrid Eiwert: „Die Mälarpiraten“. Deutsch von Marie Franzos. Mit Illustrationen nach Original-Zeichnungen von Hans Anton Aschenborn. Volksverband der Bucherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin). — Der schwedische Dichter berichtet in dieser lustigen und überaus gemüthvollen Erzählung von den Jersfahrten einiger Engel, die mit einem kleinen Boot von Stockholm aus eine Spazierfahrt machen, vom schlechten Wetter überrascht werden und, nach einer der zahllosen Inseln des Mälarsjös verschlagen, auf der schönen, scheinbar herrenlosen Seelandschaft eines Stockholmer Kaufmanns Schutz suchen. Von Abenteuerlust übermannt, lichten sie Anker, setzen Segel und kreuzen nun auf den wunderlichsten Kurven durch die phantastische Schärenwelt des Mälarsjös. Marie Franzos, die bekannte Übersetzerin skandinavischer Werke, zeigt auch in dieser Erzählung ihr stilistisches Feingefühl.

Walter von Hollander: „Auf der Suche“. Roman aus der Übergangszeit. (W. Neuen-Verlag, Berlin). „Auf der Suche“ ist ein moderner Roman, der die Typen und Gestalten der bürgerlichen Welt vom mecklenburgischen Gutsherrn bis zum jüdischen Bankier nicht distanzlos schildert, sondern unmittelbar gegenwärtig darstellt. Durch das Gewirr freier und quer gesponnener Bindungen und Verwicklungen, durch das Labirinth bunter Farbenfeste geht ein zarter, sehnsüchtiger Eheroman zweier Menschen, die einander finden und verstehen wollen über alles Verwirrende hinweg, die sich zu etwas Verständigem durchdringen, während rings um sie das Getriebe des Vergnügens und des Geschäftes weitergeht.

Das Grunderwerbsteuergesetz in der neuen Fassung vom 11. März 1927, ausführlich erläutert von Siegfried Ott, Reichsfinanzrat in München (3. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Verlag von G. F. Schöner, Stuttgart 1927). Der in fachwissenschaftlichen Kreisen unbestritten einen ersten Platz einnehmende Kommentar des aus dem badiischen Notariats-Finanz- und Richterdienst hervorgegangenen Herrn Verfassers ist für die badiischen Gemeinden und Gemeindebegünstigten von besonderer Bedeutung. Er enthält insbesondere auch die Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes, die Verteilung des Steuerzuschlags unter Land und Gemeinden, die Feststellung des Verteilungsverhältnisses und die Rechtsmittel der Gemeinden dagegen. Im Hinblick auf die eingeführten Wertzuwachssteuerordnungen der Gemeinden verdient der Kommentar wegen der bei der Zuwachssteuer und Grunderwerbsteuer meist gleichen Rechtsvorgängen erhöhte Beachtung und kann nicht dringend genug zur Anschaffung empfohlen werden.

Der Sonn' entgegen (Ein Zeitfaden für Wanderungen) betitelt sich ein kleines Werkchen, das Reich Babeowsky im Verlag von Wilhelm Stollfus, Bonn, herausbringt.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	23. Juni		22. Juni	
	Deu.	Reich	Deu.	Reich
Amsterdam 100 G.	168.93	169.27	168.93	169.27
Kopenhagen 100 Kr.	112.72	112.94	112.71	112.93
Italien . . . 100 L.	24.15	24.19	23.83	23.87
London . . . 1 Pf.	20.471	20.511	20.47	20.51
Neurock . . . 1 D.	4.216	4.224	4.216	4.224
Paris . . . 100 Fr.	16.505	16.545	16.505	16.545
Schweiz . . . 100 Fr.	81.15	81.33	81.105	81.265
Wien 100 Schilling	59.31	59.43	59.31	59.43
Wrag . . . 100 Kr.	12.49	12.51	12.49	12.51

Einzelhandelsbank Baden A. G. In der am 14. d. M. stattgefundenen Generalversammlung der Einzelhandelsbank Baden A. G. wurden die Regularien einstimmig genehmigt und die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. — wie in den Vorjahren — beschlossen.

Staatsanzeiger

Fahrtscheinste für 8 Fahrten zum Badebesuch in Wagon zu ermäßigten Preisen

Mit Wirkung vom 1. Juli 1927 werden auf den Bahnhöfen Karlsruhe und Karlsruhe-Rühlburg Fahrtscheinste 2.—4. Klasse zu ermäßigten Preisen für 8 Fahrten mit einer Geltungsdauer von einem Monat zum Badebesuch in Wagon an jedermann ausgegeben. Jegliche Formlichkeiten sind bei Lösung dieser Fahrtscheinste nicht zu beachten. Es ist nur nötig, daß sie vor Eintritt der Fahrt mit Tinte oder Tintenstift unterschrieben werden. Die Fahrtscheinste sind nicht übertragbar.

Der Preis beträgt für ein Fahrtscheinste Karlsruhe-Wagon 2. Klasse 5.40 M., 3. Klasse 3.60 M., 4. Klasse 2.40 M., für ein Fahrtscheinste Karlsruhe-Rühlburg-Wagon 2. Klasse 2.40 M., 3. Klasse 1.80 M., 4. Klasse 1.20 M. Die Fahrtscheinste berechtigen zu 8 einfachen Fahrten in der einen oder anderen Richtung.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der Planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Inneren
Verleht:
Verwaltungsinspektor Ludwig Ostlinger beim Bezirksamt Säckingen zu jenem in Karlsruhe.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Gendarmeriewachmeister Albert Weber in Neuden.
Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Zu Gewerbeschreien die Gewerbeschreien: Dipl.-Ing. Karl von Langsdorff in Ladenburg, Josef Dangarter in Pfulden, Karl Blasi in Wiesloch.
Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten:
Oberbibliothekar Dr. Max Grone an der Universität in Heidelberg.

Städt. Sparkasse Neckargemünd.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	5 697.22	1. Spareinlage	188 258.29
2. Guthaben bei Banken u. Girozentrale	74 555.04	2. Anlehenskapitalien	30 000.—
3. Darlehen auf Hypotheken	88 253.80	3. Ausgabeüberschüsse	628.21
4. Darlehen an Schuldlose	36 891.65	4. Rücklagen:	
5. Darlehen an Gemeinden	32 000.—	a) gesetzl. Reservefonds	8 135.99
6. Einnahmerückstände	3 795.19	b) Aufwertungsstock	124 253.03
7. Geschäftskassen	18.—	c) Reingewinn vom Jahre 1926	5 586.06
8. Aufwertungsstocks	115 850.73		
	356 861.63		356 861.63

Neckargemünd, den 9. Juni 1927. R. 937

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Reist.

Der Geschäftsführer: A. Schwarz.

**Freihändiger
Auktionenverkauf**

Forstamt St. Margen (Baden), Donnerstag, den 30. Juni 1927, vorm. 11 Uhr: 1510 fm Nadel- und 10 fm Buchenlanghölz. Losverzeichnisse durch das Forstamt. R. 939

**Freihändiger
Auktionenverkauf.**

Forstamt Emmendingen Baden (Forstamt Emmendingen 390) Dienstag, den 28. d. M. 1927. Nadelstammholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt. G. 908
Schönau i. B. R. 938
In das Güterrechtsregister Band I Seite 32 wurde heute eingetragen: Josef Sattler, Buchstamacher in Rodgau, und dessen Ehefrau Maria geb. Seelher haben durch Ehevertrag vom 2. Mai 1927 das bisherige Güterrecht der Erzeugnisse gemeinschaftlich aufgehoben. Auf Antrag der Beteiligten wurde der hierüber im Güterrechtsregister bestehende Eintrag gelöscht. Schönau i. B., 10. 6. 1927. Bad. Amtsgericht.

Das Stoffamt der Reichsbahnverwaltung Karlsruhe verleiht am 27., 28. Juni und 1. Juli 1927, vorm. 8 Uhr und nachm. 2 Uhr beginnend in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Obf. (Eingang Wagnersplatz) öffentlich gegen Barzahlung Zuschläge u. I. Vierteljahr 1927 und unanbringliche Frachtgüter, darunter: Ringe mit Brillanten und edlen Steinen, sonstige Schmuckwaren, Fahrräder, Schneeschuhe, 28 kg Aluminiumplättchen für Damenabfälle. Die besonders genannten Gegenstände werden am 27. Juni 1927 von 10 Uhr vorm. an ausbezogen.



Badisches Landestheater

Freitag, den 24. Juni 1927 * P. 29. (Freitagmiete) 7h. Gem. 501—700 u. 801—900
Schlus und Jan
von Gerhart Hauptmann
In Szene gesetzt von Felix Baumhach
Jon Hand
Karl
Rahmstein
Sidelill
Frau Adela
Jan
Schlad
Leitzig
Kroebke
Hofbauer
Kroel
Ermath
Jau
Hütz
Müller

Habit
Haus Hofmeister
Rarr
Belghändler
Mädchen
Jäger
Hochler
Diener
Anfang 7%
Ende 19
I. Speerich 5.— M.
Sa. 25. Juni: Abschiedsfeier für Herrn Gremm: Feiern im Saal. Gremm: Anstalts-Festmahl. Sa. 26. Juni: Die weiße Dame, im Konzert: Mein Beine Gmarr.

REICH UND LÄNDER

VIERTELJAHRSSCHRIFT herausgegeben von der Arbeitsstätte für sachliche Politik E. V., Dresden, durch Oberregierungsrat Dr. Dr. Conrad, Kassel und Prof. Dr. Friedrich Raab, Tharandt. Jeweils 64 Seiten / Einzelheft 4.20 RM. / Jahresabonnement 15.— RM.

ist die neue Zeitschrift jeder Behörde, jeden Reichs- und Landtagsabgeordneten, Verwaltungsbeamten, Wirtschaftlers, Politikern und Gelehrten. Sie dient einem praktischen und theoretischen Bedürfnis dieser Kreise. Davon wird Sie ein Einblick in das erste Heft dieser Vierteljahrsschrift überzeugen. Es ist finanzpolitischen Problemen gewidmet und wird von einem ausführlichen Aufsatz über „Die Vereinheitlichung der Haushaltspläne“ von dem Reichssparkommissar und Chefpräsident des Rechnungshofes des deutschen Reiches, Staatsminister a. D. Saemisch eingeleitet. Dr. Arno Jessen, Syndikus des Deutschen Städtetages, gibt eine sehr anregende Studie über die formale Bedeutung der Länderhaushalte, der ein Bericht über die Tätigkeit der Sparkommissare im Lande Braunschweig und ihre Ergebnisse und eine bisher unveröffentlichte Übersicht über die Realsteuern sämtlicher Länder folgen. Berichte und Mitteilungen von Wichtigkeit beschließen das interessante Heft. So ist „Reich und Länder“ ein Sammelbecken für das überall verstreute Material, durch das sich das Leben in den einzelnen Ländern verfolgen, vergleichen und beurteilen läßt, durch das — sei man Partikularist oder Unitarist, jeder Leser sachlich Stellung nehmen soll zu den, zwischen dem Reich und den Ländern schwebenden Fragen, in wie weit eine Eingliederung möglich, durchführbar oder unbedingt zu verhindern ist.

VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE i. B.